



DISKUSSION UM DIE UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Asylheim statt Studenten-Apartments?

In der Region rumort es: Jede Woche kommen derzeit 25 bis 30 Flüchtlinge in Fulda an - und müssen irgendwo untergebracht werden. Doch wo sind die Menschen, die meist eine lebensgefährliche Fahrt übers Meer hinter sich haben, willkommen? Flugblätter warnen in Neuhoft und Flieden-Rückers vor den „neuen Nachbarn“. Weil nicht genügend Unterkünfte existieren, mussten 58 Asylbewerber - die meisten hatten bis dahin noch nie Schnee gesehen - auf der Wasserkuppe überwintern. Und jetzt das: In Fulda-Horas soll ausgerechnet ein Neubau, in dem Luxus-Apartments für Studenten geplant waren, bald 100 Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf bieten. Viele Bürger - auch Studenten - sind aufgebracht. move36 hörte beide Seiten und machte sich ein Bild von der Flüchtlingssituation in der Region.

Text: Mariana Friedrich Fotos: Johannes Ruppel Grafiken: Nakia Hommel

Monatlang stand ein großes Schild am Rand der Niesiger Straße und kündigte das Bauprojekt „Habitat“ an. Habitat, dieser hochtrabende Begriff aus dem Lateinischen, der oft mit Lebensraum übersetzt wird, sollte deutlich machen, dass hier, unweit der Hochschule, ein ganz besonderer Lebensraum entsteht. Auf der Homepage, die eine „Kema Projekt GmbH & Co. KG“ als Bauherrin ausweist, ist Genaues zu lesen, die Rede ist von einer „Pole-Position für den täglichen Start ins Leben“ von „Klasse statt Masse“, von „Apartment-Wohnen neu definiert“ - und von einer „brillanten Win-Win-Situation“ für Kapitalanleger auf der

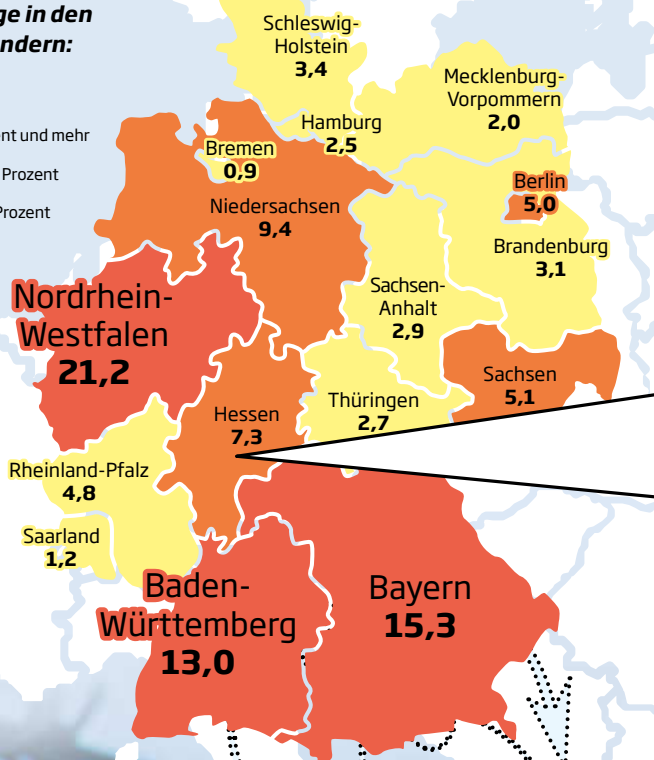
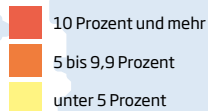
einen Seite und Auszubildende, Angestellte und Studenten auf der anderen. Ein großes „Verkauft“ auf der Seite lässt glauben, das Projekt stehe. Der Baustart: Herbst 2014.

Doch dann ändern sich die Planungen plötzlich: Während die Arbeiten am Gebäude in vollem Gang sind, geht beim Landkreis das Angebot ein, hier 100 Flüchtlingen ein neues Zuhause zu bieten. Die „Fuldaer Zeitung“ macht die geplante Nutzungsänderung öffentlich, in den sozialen Netzwerken kommt es daraufhin zu einer Welle der Empörung. „Und wo sollen unsere Studenten wohnen? Sie sind unsere ▶

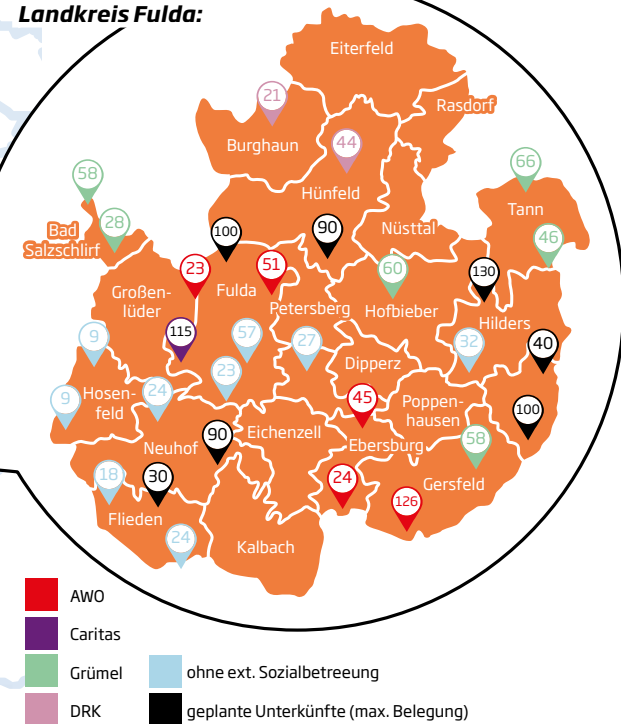




Flüchtlinge in den Bundesländern:



Flüchtlinge im Landkreis Fulda:



Studierende, Auszubildende oder Flüchtlinge?
Wer darf bald im Neubau in Horas einziehen?

Das kostet ein Flüchtling

- Das Land Hessen hat die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung an die Kreise abgegeben und zahlt 601 Euro monatlich pro Flüchtling.
- Davon werden unter anderem Barleistungen, Mieten, medizinische Versorgung und Personal finanziert.
- Auf der Differenz zu den tatsächlichen Kosten von etwa 150 bis 200 Euro pro Flüchtling bleibt der Kreis sitzen. Im Haushalt 2014 hat die Zuwanderungsbehörde im Landkreis Fulda ein Defizit von 1,7 Millionen Euro.
- Allein die Ausgaben für medizinische Versorgung steigen jährlich, um Flüchtlinge mit schweren Kriegsverletzungen, posttraumatischen Belastungsstörungen und Traumata behandeln zu können.
- Um dem Andrang begegnen zu können, wurde die Behörde seit 2012 von sieben auf heute 18 Personen aufgestockt. Dazu kommen acht externe Sozialarbeiter von Caritas, Grümel, Awo und DRK.
- Deutschkurse, externe Sozialbetreuer und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements zählen zu den sogenannten Freiwilligenleistungen, die das Land nicht fordert, daher auch nicht mitfinanziert.



Unterkünfte für Asylbewerber im Landkreis Fulda:



2012: 5 Einrichtungen



2015 (Stand 1.4.): 25 Einrichtungen



Der Rohbau steht, ein Mietvertrag mit dem Landkreis noch nicht.



An Barleistung

erhält der Flüchtling 359 Euro monatlich Regelsatz nach §3 AsylbLG, ab 15 Monaten erhält er 399 Euro nach §3 AsylbLG.

Leistungsbezieher Landkreis Fulda:

2015 (Stand 16.4.): 1150
***2015 (Stand 1.4.): 326**



2014: 942
***2014: 536**

2010: 253
***2010: 83**

*Neuzuweisungen

Zukunft“ fragt Nadine Qu. „So macht man mehr Geld als mit Studenten“, postet Pascal Bischof darunter und erinnert an den Fall des Landshuter Landrates Eppeneder vor drei Jahren. Dieser soll eine Immobilie seiner Tochter für die Unterbringung von Flüchtlingen angemietet und ihr pro Tag 20 Euro pro Kopf Miete gezahlt haben. 13 800 Euro monatliche Einnahmen für 27 Bewohner, rechnete die „tz“ aus München im April 2012 vor. Mieten, die aus Steuergeldern finanziert werden und von denen Vermieter anderswo nur träumen können. Ist also das Geld der Grund, warum aus den geplanten Studentenwohnungen nun Flüchtlingsunterkünfte werden sollen?

Alles Quatsch, erklärt der Projektleiter. „Die Beträge decken nur die reinen Einnahmen ab, nicht die Investitionen. Wir müssen das gesamte Gebäude möblieren – für 100 Personen –, das Objekt muss aktuellen Brandschutznormen entsprechen, Energiestandards einhalten und eine soziale Präsenz vor Ort muss gesichert sein, sprich, wir brauchen Raum für einen Sozialarbeiter. Ich nenne keine Zahlen, aber reich werden Sie damit nicht.“ Zum Schutz seiner Familie möchte der Mann nicht genannt werden und begründet dies mit der aufgeheizten Stimmung in manchen Orten des Kreises. In Fliesenrücken waren kürzlich am Fahrzeug eines Vermieters, der Flüchtlinge unterbringen will, die Radmuttern gelockert worden. Dort wurden auch Flugblätter verteilt, die vor den „neuen Nachbarn“ warnen und Schreckensszenarien künf-

„Reich werden Sie damit nicht“

tiger Kriminalitäts- und Drogenhotspots in den Gemeinden malten. Man habe, so erklärt der Projektleiter aus Horas, den Neubau dem Studentenwerk Gießen für die Vermietung an Studierende angeboten, jedoch keine Antwort erhalten und sich dann an den Landkreis gewandt. Mit dem wird jetzt über die Unterbringung von Asylbewerbern verhandelt.

Warum aus den Eigentumswohnungen für Studierende nichts wurde, dazu will der Mann nichts sagen. move36 erfährt aus anderen Quellen, dass sich die Luxus-Apartments für Studenten nicht verkaufen ließen. Einige Zusagen habe es gegeben, aber längst nicht alle der 34 geplanten Wohnungen hätten verkauft werden können. Das Projektteam habe sich daraufhin nach Alternativen umgesehen, um Fördermittel beworben und beim Studentenwerk Gießen, das für die Hochschule zuständig ist, angefragt.

Dass diese Anfrage kam, wird bestätigt. „Im Jahr 2013 hat der jetzige Projektleiter bezüglich des Objekts Niesiger Straße



Kontakt mit uns aufgenommen“, sagt Sprecherin Susanne Gerisch. Auch in diesem Herbst erwartet die Hochschule wieder um die 2000 Erstsemester, und wie in jedem Jahr wird die Wohnungssituation nicht zufriedenstellend sein. „Da wir prinzipiell an der Schaffung weiteren studentischen Wohnraums am Standort Fulda interessiert sind, haben wir – wie wir das bei allen Objekten tun, die uns angeboten werden – um weitere Details gebeten. Und nie eine Antwort erhalten.“ Warum keine Antwort kam und was den Bauträger bewog, seinen Plan zu ändern und Asylbewerber in den Fokus zu rücken, ist unklar. Nachdem wir ihn mit den Werbeaussagen auf der Habitat-Homepage konfrontieren, wird die Seite abgeschaltet.

Beim Landkreis Fulda ist man grundsätzlich froh über Angebote von Vermietern. Anders als beispielsweise in Bayern hat das Land Hessen die Aufgabe, Unterkünfte für Flüchtlinge bereitzustellen, den Landkreisen übertragen. Ist die Unterbringung von Asylbewerbern für private Vermieter ein lukratives Geschäft? „Aktuell zahlen wir pro Asylbewerber und Tag Unterbringungspauschalen zwischen 6,30 Euro und 10,50 Euro“, erklärt Jürgen Stock, Leiter des Fachbereichs Arbeit und Soziales im Landkreis Fulda. Der genaue Betrag wird von den nötigen Investitionen des Vermieters, von Lage und Zustand des Gebäudes abhängig gemacht und individuell verhandelt. Wer Wohnraum für 100 Personen zur Verfügung stellt, kann also mit Mieteinnahmen zwischen 630 und 1050 Euro am Tag, 18 900 bis 31 500 Euro monatlich rechnen. Pro Flüchtling müssen dabei sechs Quadratmeter Schlaf- und weitere drei Quadratmeter Bewegungsfläche kalkuliert werden. 31 500 für 900 Quadratmeter, das entspräche einem Quadratmeterpreis von 35 Euro pro Monat – und das liegt weit über dem, was sich selbst bei Luxuswohnungen in Fulda erzielen lässt.

Doch ganz so einfach ist die Rechnung nicht. Denn anders als bei der privaten Vermietung ist ein Investor bei Flüchtlingsunterkünften im Landkreis Fulda vertraglich an genaue Vorgaben gebunden. Im Fall Horas muss der Grundriss an die Anforderungen von Flüchtlingsun-

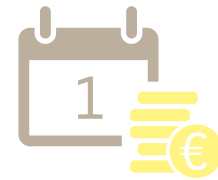
terkünften angepasst, mit dem städtischen Bauamt besprochen und in einem entsprechenden Bauantrag formuliert werden. Erst wenn das städtische Bauamt grünes Licht gibt, kann auch der Vertrag mit dem Landkreis geschlossen werden.

Zu diesen einmaligen Kosten kommen die für die Möblierung – 100 Betten, Stühle und Schränke müssen angeschafft werden, dazu Küchen, sanitäre Einrichtungen, Geschirr und Besteck sowie Waschmaschinen. Auch die Ausstattung der Asylbewerber mit Bettwäsche, Handtüchern, Putzutensilien, Reinigungs- und Waschmittel sowie Toilettenpapier sind in der Tagespauschale pro Flüchtling enthalten. Instandhaltungskosten, Reparaturen und gegebenenfalls Baumaßnahmen können auch nicht auf die Mieter umgelegt werden. Die monatliche Mietabrechnung erfolgt aufgrund einer vom Vermieter zu führenden Belegungsliste. Dabei zahlt der Kreis nicht für die verfügbaren Plätze, sondern nur für die tatsächlich in dem Gebäude lebenden Menschen.

Und dann ist da noch das Risiko von Anschlägen, das sich Versicherer teuer bezahlen lassen. In Tröglitz in Sachsen-Anhalt brannte im April ein Gebäude, in das wenige Wochen später Flüchtlinge einziehen sollten. Ein Fuldaer Immobilienmakler, der anonym bleiben will, berichtet von einem Fall, bei dem eine Versicherung die Jahresprämie für ein Mehrfamilienhaus von ursprünglich 2000 auf 32 000 Euro erhöhen wollte, weil der Besitzer überlegte, dort Flüchtlinge unterzubringen. Medien berichten von ähnlichen Fällen aus Kassel, Marburg, Augsburg und Berlin. Der Fuldaer Makler vermutet, dass ein Teil der Vermieter ihren Versicherungen gar nicht mehr meldet, wenn sie ihre Häuser für die Unterbringung von Asylbewerbern anbieten.

Die scheinbar hohen Beträge, die Vermieter für die Aufnahme von Flüchtlingen bekommen, relativiert sich also. Das große Plus, das Investoren in der Vermietung von Gebäuden als Flüchtlingsunterkünften sehen, ist die Planungssicherheit. Der Vermieter kann sicher sein, seine Immobilie über einen längeren Zeitraum hinweg sicher vermietet zu haben. Denn so schnell wird der Flüchtlingsstrom nicht ▶

Pauschale, die der Landkreis an einen Vermieter pro Flüchtling und Kalendertag zahlt:



2009: im Schnitt 4,30 Euro
2015: 6,30 bis 10,50 Euro

.....

Aufwendungen des Landkreises pro Flüchtling

(Musterbeispiel einer erwachsenen Person, Minderjährige bekommen weniger):



2014: 700 Euro, davon 521 Euro Erstattung vom Land
2015: 750 bis 800 Euro, davon 601 Euro Erstattung vom Land

.....

Zuweisungsquote:

(orientiert sich für die Bundesländer an den Steuereinnahmen und der Einwohnerzahl, für die Landkreise nur an der Einwohnerzahl)

Hessen werden 7,3 Prozent aller Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, zugewiesen.

Der Landkreis Fulda muss 4,3 Prozent der Hessen zugewiesenen Flüchtlinge unterbringen.

Der Main-Kinzig-Kreis bekommt 8 Prozent des hessischen Satzes.





abebben. Allein seit Januar wurden Fulda 326 Personen zugewiesen, im ganzen Jahr 2014 waren es insgesamt nur 536. Bis Jahresende rechnet die Zuwanderungsbehörde damit, etwa 2000 Plätze im Kreis bereitstellen zu müssen. 4,3 Prozent der Hessen zugewiesenen Flüchtlinge kommen im Landkreis an. Die Quote orientiert sich an der Einwohnerzahl und ist im Main-Kinzig-Kreis mit acht Prozent fast doppelt so hoch.

Mit steigendem Bedarf wird es immer schwieriger, geeigneten Wohnraum zu finden. Negativbeispiele wie die Unterkunft in der Frankfurter Straße in Fulda erregen regelmäßig Aufmerksamkeit, genauso wie die Unterbringung von 58 Flüchtlingen auf der Wasserkuppe kurz vor Ende des Jahres 2014. Den Winter in einer Notfallunterkunft auf Hessens höchstem Berg zu verbringen, wäre für viele von uns, die Kälte durchaus gewohnt sind, schon nicht angenehm. Wie aber muss es Menschen aus Afrika ergehen, die Winter gar nicht kennen? „Uns blieb keine Alternative, weil eine andere Unterbringungsoption wegfiel“, erklärt Thomas Orf von der Zuwanderungsbehörde. Ende Mai laufe der Mietvertrag aber aus. Die Flüchtlinge werden dann auf andere Unterkünfte verteilt. Auch

„Der Kreis muss die Bürgermeister viel früher einbeziehen“

.....

über den neuangemieteten „Michaelshof“ in der Rhön sei man nicht ganz glücklich. „Das Gebäude ist top in Schuss“, sagt Orf. Doch auch hier seien die Flüchtlinge eher isoliert. Immerhin: In der Region ist die Unterbringungssituation noch vergleichsweise gut. „Die Zustände sind sicherlich nicht immer optimal“, sagt uns ein Sozialarbeiter, der in Fulda mit Flüchtlingen arbeitet. „Aber es gibt Beispiele – auch hier aus Hessen, wie in Kassel oder Gießen –, da ist das noch viel schlimmer. Besonders die Behelfsunterkünfte; Zeltlager, Containerlösungen, da würden Sie keinen Fuß reinsetzen.“

Damit die neuen Mitbürger integriert werden, braucht es die Menschen vor Ort und ehrenamtliches Engagement. „Man kann als Bevölkerung nicht sagen: Die will ich nicht“, findet Mario Klotzsche, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag Fulda und Beigeordneter der Gemeinde Flieden. Und genau hier müsse der Kreis stärker aktiv werden und die Anwohner besser aufklären. „Wir müssen die Bürger stärker und proaktiv einbinden. In Ehrenberg beispielsweise gab es ein interkulturelles Fest, bei dem sich Bürger und Flüchtlinge kennenlernen konnten. Das baut Vorurteile und Bedenken ab“, sagt der Politiker. Leider





würden viel zu viele Fehler gemacht. „Wenn ein Bürgermeister von Tann oder wie bei uns in Flieden beispielsweise erst mit dem ankommenden Bus erfährt, dass hier Flüchtlinge untergebracht werden sollen, kann er seine Anwohner nicht entsprechend informieren“, sagt Klotzsche. Ähnlich kontraproduktiv wirkte der Informationsabend zu einer neuen Unterkunft in Neuhofer, bei dem eine Bürgerin darauf hinwies, dass sie in einem der gerade als Asyl-Unterkunft vorgestellten Gebäude wohne. Informiert habe sie im Vorfeld niemand.

Natürlich steht auch der Kreis unter Druck: Da könne es schon mal vorkommen, dass plötzlich von den Landesbehörden ein Anruf komme, dass ein Bus mit Asylbewerbern unterwegs sei, sagt Klotzsche. Und dann müsse schnell reagiert werden.

Das sind Probleme, die oft gar nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Die Bewohner der Gemeinden lesen nur in der Zeitung, wo die nächste Unterkunft entstehen soll und bekommen das Gefühl, ihnen wird etwas verheimlicht. Wie beim Beispiel Habitat: Die Gespräche über die Nutzung des Objekts als Asyl-Unterkunft laufen offenbar seit Monaten. Doch erst als Gerüchte die Runde machen und Jour-

nalisten nachfragen, wird reagiert. „So was entzündet eine Stimmungslage, die vollkommen unnötig ist, aber zulasten der Flüchtlinge und Anwohner geht“, sagt Klotzsche.

Auch Bürger, die nicht im Verdacht stehen, radikalen Positionen anzuhängen, lassen sich dann von denen, die Stimmung machen, anstecken. Was ist zum Beispiel dran an dem Vorurteil, dass es dort, wo viele Asylbewerber zusammen sind, vermehrt Kriminalität gibt? Fakt ist: Die Polizei ist bei allen Planungen über neue Unterkünfte involviert und berät den Kreis. „Natürlich kommt es dort, wo mehrere Menschen auf engem Raum wohnen, zu Problemen“, sagt Martin Schäfer, Sprecher der Polizeidirektion Fulda. „Aber das haben wir in großen Wohnblöcken immer, egal ob dort Flüchtlinge wohnen oder andere Mieter. Dass es aufgrund der Unterbringung von Asylbewerbern zu mehr Straftaten kommt oder sogar von ihnen ausgehend mehr Straftaten passieren, das lässt sich nicht beobachten.“

Dort, wo umfassend Aufklärung betrieben wird, verschwinden die Ängste meist schnell. Nach der Aufregung in Neuhofer gab es in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche mit Anwohnern. Hier sei die Angst inzwischen gewichen, sagt

der erste Beigeordnete der Gemeinde, Franz Josef Adam. „Wir Neuhofer wollen eine Willkommenskultur etablieren, einen Integrationsprozess in unserer Gemeinde starten. Wir haben ja bereits 24 Flüchtlinge aufgenommen, und aus der Schule und der Kita höre ich, dass die Kinder Patenschaften übernommen haben und das super läuft.“ Seit der letzten Bürgerversammlung seien keine Anti-Asyl-Flyer mehr in Umlauf gekommen. Jetzt gebe es ein wöchentliches Treffen, bei dem Ideen von einem „Tag der offenen Tür“ in der Unterkunft bis hin zu gemeinsamen Projekten mit der Kirche gesammelt werden. „Der Schrecken war heilsam und hat offen gezeigt, dass wir keine Mauern, sondern Brücken bauen müssen“, sagt Adam.

In Fulda-Horas wird sich in den kommenden Wochen entscheiden, ob aus den geplanten Luxus-Apartments für Studenten vielleicht Fuldas schönste Asylbewerber-Unterkunft wird. Wenn es so kommt, würden sich die Werbeversprechen des Bauträgers vielleicht doch noch erfüllen. Eine „Pole-Position für den Start ins Leben“ – die würde man sicher auch den Menschen wünschen, die in ihrer Heimat verfolgt wurden und nach zermürbender Flucht durch Zufall in unserer Region stranden.

